

## KUBA PROTESTE: AKTUELLE INFORMATIONEN

### AMNESTY INTERNATIONAL

Lines of Response - Situation in Kuba - für den internen Gebrauch

Letzte Aktualisierung: 14. Juli 2021 -Dieses Dokument wird regelmäßig aktualisiert, siehe unter:

[Cuba protests: latest information | Amnesty International](#)

#### 1. Was geschieht in Kuba hinsichtlich der Proteste vom vergangenen Sonntag?

Massive Proteste sind ein verzweifelter Schrei an eine Regierung, die nicht zuhört. An einem historischen Tag für Kuba gingen Tausende von Menschen auf die Straße, um in mehreren Teilen des Landes friedlich zu demonstrieren und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrzunehmen.

Die Proteste haben sich seitdem in unterschiedlichem Ausmaß fortgesetzt.

Während der spontanen Demonstrationen am Sonntag hat Amnesty International jedoch mit Sorge Berichte über Internetausfälle erhalten, die den Zugang zu und die Verbreitung von Informationen erheblich einschränken, sowie über willkürliche Verhaftungen und exzessive Gewaltanwendung - einschließlich des Beschusses von Demonstrant\_innen durch die Polizei.

Wir erhalten auch weiterhin Berichte, dass es eine lange Liste von vermissten Personen gibt, deren Angehörige keinen Zugang zu Informationen der Behörden über ihren Aufenthaltsort und ihre aktuelle Situation haben. Organisationen wie Cubalex haben mehr als 150 Personen geschätzt, die im Zusammenhang mit den Protesten festgenommen wurden; und andere, wie Cuban Prisoners Defenders, haben etwa 187 Personen identifiziert.

Die Reaktion der kubanischen Regierung auf diese Proteste ist inakzeptabel und beschämend. Menschen mit staatlicher Gewalt zu unterdrücken, nur weil sie friedlich ihre Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben, ist ein weiteres Beispiel für das Netz der Kontrolle, das die Behörden in den letzten zehn Jahren aufrechterhalten haben.

#### 2. Warum ist dies geschehen?

Ähnlich wie in jüngster Zeit in anderen Ländern der Region könnten die Proteste zum Teil durch die aktuelle wirtschaftliche Situation des Landes ausgelöst worden sein, die sich auch auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen in Kuba auswirkt.

Wie in anderen Teilen des amerikanischen Kontinents wurden durch COVID-19 bereits existierende Herausforderungen in der gesamten Region verschärft, und die Menschen gehen auf die Straße, um Rechenschaft und die Ausübung ihrer Rechte einzufordern.

Seit 2019 sieht sich die Bevölkerung mit Engpässen bei Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff konfrontiert. Viele Kommentator\_innen verglichen die Situation mit der Wirtschaftskrise, die als "Special Period" bekannt ist. Diese Situation scheint sich im Laufe des Jahres 2020 verschärft zu haben, vor allem aufgrund von COVID-19, und in diesem Sinne ähneln die Proteste, die wir in Kuba sehen, denen, die in anderen Teilen des Kontinents entstanden sind. COVID-19 hat bereits bestehende Probleme in der gesamten Region verschärft und die Menschen gehen auf die Straße als einzige Möglichkeit, Rechenschaft und die Ausübung von Rechten zu fordern.

Laut Aussagen in der Presse und den sozialen Netzwerken leidet beispielsweise Kuba unter einem besorgniserregenden, weit verbreiteten Mangel an Lebensmitteln, medizinischen und persönlichen Hygieneartikeln. Im Jahr 2021 gab es immer wieder Kritik an den endlosen "Warteschlangen", die nach öffentlich zugänglichen Informationen schon um 5 Uhr morgens beginnen und in denen Menschen versuchen, Grundprodukte zu kaufen, die schon seit mehreren Monaten knapp sind.

In letzter Zeit gab es auch Berichte über Stromausfälle oder "Blackouts", die die Versorgung mit Trinkwasser und die Zubereitung von Lebensmitteln beeinträchtigten, in einigen Fällen dauerte dies ununterbrochen bis zu sieben Stunden, wie in der Presse und in sozialen Netzwerken berichtet wurde.

### **3. Was ist die Position von Amnesty International in Bezug auf das Embargo?**

Die kubanischen Behörden haben diese Engpässe und die allgemeine wirtschaftliche Situation auf das von den Vereinigten Staaten verhängte Embargo zurückgeführt. Das Embargo behindert oder beschränkt die Möglichkeit der Hilfe, wie Amnesty International seit Jahrzehnten sagt und wie Expert\_innen der Vereinten Nationen und andere in der Vergangenheit und insbesondere während COVID-19 im vergangenen Jahr hervorgehoben haben. Die Vereinigten Staaten müssen das Embargo aufheben, da es einen unverhältnismäßigen Einfluss auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der kubanischen Bevölkerung hat.

Seit Jahrzehnten wiederholt Amnesty International in verschiedenen Foren seine Forderung an die US-Regierung, das Wirtschafts- und Finanzembargo aufgrund seiner unverhältnismäßigen Auswirkungen aufzuheben. Seit 1994 haben wir Berichte über die negativen Auswirkungen auf die Ausübung wirtschaftlicher und sozialer Rechte veröffentlicht, konnten aber nicht weitere Nachforschungen anstellen, da die kubanische Regierung uns den Zugang zum Land verwehrt. Kuba ist das einzige Land in Nord-, Mittel- und Südamerika, zu dem Amnesty International von den dortigen Behörden kein Zutritt gewährt wird, obwohl in den letzten Jahrzehnten mehrere Anträge gestellt wurden.

Es sei darauf hingewiesen, dass das Embargo nichts mit der gewaltsamen Reaktion der kubanischen Behörden auf die Demonstrant\_innen am Sonntag zu tun hat. Aus menschenrechtlicher Sicht ist es nicht akzeptabel, es als Mittel zur Rechtfertigung der Repression zu benutzen, der die Demonstrant\_innen seitens der Behörden ausgesetzt waren.

### **4. Es gibt Berichte über Gewalt von Demonstranten gegen die Polizei. Was bedeutet das? Handelt es sich um einen friedlichen Protest?**

Die bisher vorliegenden Informationen bestätigen, dass die Proteste überwiegend friedlich verlaufen sind. Internationale Menschenrechtsstandards verpflichten Länder wie Kuba dazu, die Anwendung von Gewalt als letztes Mittel zu beschränken, d.h. nur dann, wenn es absolut notwendig ist, und sie in angemessener Weise anzuwenden. Wie wir bei anderen Protesten in der Region gefordert haben, sollte die Priorität darin bestehen, die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu garantieren. Anstatt auf unmittelbare Gewalt zurückzugreifen, sollten die Behörden andere, weniger gewalttätige Maßnahmen ergreifen, um somit das Recht auf freie Meinungsäußerung zu gewährleisten.

### **5. Eine Person wurde als getötet und mehrere als vermisst gemeldet. Was sagt Amnesty dazu?**

Leider bestätigten die kubanischen Regierungsmedien am Mittwoch den Tod einer Person, angeblich im Rahmen der Proteste. In einem Kontext wie diesem, in dem die kubanische Regierung keinen Zugang zu unabhängigen Menschenrechtsbeobachtungsmechanismen zulässt, ist diese Art von Information sehr besorgniserregend und könnte ein Indikator für die Auswirkungen der repressiven Maßnahmen sein, die die Regierung im Umgang mit den Protesten ergriffen hat.

Amnesty International weist die kubanischen Behörden erneut darauf hin, dass es ihre Pflicht ist, diese Sachverhalte ordnungsgemäß und sorgfältig zu untersuchen und vor allem die Unversehrtheit derjenigen zu garantieren, die in Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung protestieren.

### **6. Was sind die Forderungen von Amnesty International an Kuba und an die internationale Gemeinschaft?**

Anstatt die Bevölkerung zu unterdrücken, haben die kubanischen Behörden die Pflicht, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu schützen. Präsident Miguel Díaz-Canel's aufrührerische Rhetorik des "Krieges" und der Konfrontation schafft eine Atmosphäre der Gewalt gegen diejenigen, die Rechenschaft und den freien Gebrauch ihrer Menschenrechte einfordern.

Die Regierung Díaz-Canel muss sich auch mit den sozialen Forderungen der Bürger\_innen auseinandersetzen, angesichts der Wirtschaftskrise, der Lebensmittel- und Medikamentenknappheit, des Zusammenbruchs des Gesundheitssystems - das nicht auf die aktuelle COVID-19-Krise reagiert - und den vielfachen Forderungen der letzten Jahre nach dem Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung.

Andererseits sollten die Regierungen Amerikas und der Welt die Situation weiterhin beobachten und die kubanischen Behörden auffordern, die Repressionen gegen friedliche Demonstrant\_innen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen, einzustellen. Sie sollten die kubanische Regierung auch dazu drängen, einen echten Dialog mit der unabhängigen Zivilgesellschaft und einer Vielfalt von Akteur\_innen aufzunehmen, um wirksame Garantien für die Menschenrechte der Bevölkerung zu finden.

Insbesondere sollten die US-Behörden das Embargo aufheben, auf die Rhetorik des "Kalten Krieges" verzichten, zu der sie in den vergangenen Jahren gegriffen haben, und stattdessen einen offenen Dialog zwischen den Akteur\_innen aufnehmen, um menschenrechtsbasierte Lösungen für diese schwierige Situation zu finden.